

Soziale Zeitbombe

Zu: „Wenig Geld, hohe Mieten“, FR-Wirtschaft vom 18. März

Der Linken sei Dank, dass sie dieses Thema ernsthaft weiter verfolgen. Und es ist ja auch nicht so, dass dies nur ärmere Menschen trifft. Wie viele Familien quälen sich in viel zu kleinen Wohnungen, weil sie sich schlicht auf dem völlig aus dem Ruder gelaufenen Immobilienmarkt keine andere Bleibe leisten können? Die damit verbundenen sozialen Konflikte sind gerade in Corona-Zeiten mittlerweile deutlich erkennbar. Hier tickt in den Großstädten eine ungeheure sozialpolitische Zeitbombe, deren seismische Vorboten jedem sichtbar und spürbar sind, der sie erkennen will. Da aber keiner eine Lösung präsentieren will, nämlich mutig und auch gegen den Willen aller möglichen Lobbyisten – nicht nur der Immobilienlobby – Flagge zu zeigen durch die Aufschließung neuer Wohnbauflächen, wird sie nach und nach an unterschiedlichsten Orten explodieren: in Schulen, in Familien, auf der Straße.

Reinhold Richter, Obertshausen

Weltweit Millionen Tote

Pandemie: „Armut tötet“, FR-Meinung vom 18. März

Der Autor zitiert eine Studie des Robert-Koch-Instituts, die nachweist, dass die Covid-19-Sterblichkeit in sozial stark benachteiligten Regionen um bis zu 70 Prozent höher liegt als in Regionen mit geringer sozialer Benachteiligung.

Armut tötet. Das belegen viele Untersuchungen. In Armut lebende Frauen hatten in Deutschland schon vor Corona eine um rund fünf Jahre kürzere Lebenserwartung, bei Männern verkürzt Armut das Leben um acht Jahre. Besonderen Erkrankungsrisiken sind Menschen ohne Krankenversicherung ausgesetzt: Menschen ohne Papiere, EU-Bürger:innen ohne reguläre Arbeit und auch Deutsche.

Global zeigt sich die Benachteiligung der armen Länder besonders krass: Viele haben keinen ausreichenden Zugang zu Impfstoffen. Weltweit sterben jedes Jahr Millionen Menschen an den Folgen der Armut wie Hunger, verschmutztes Trinkwasser, vergiftete Luft, fehlende medizinische Versorgung, mangelnde Bildung, Migration.

Es ist aber nicht die Armut, die tötet, sondern es sind die ungerechten Wirtschaftsstrukturen. Beispiel: Die Fischereiflotten, auch der EU, fischen das Meer vor Westafrika leer. Lösungsweg: Ein gerechtes Wirtschaftssystem. Umverteilung, mehr Geld für das Gesundheitssystem, das für alle offen sein muss, keine Rüstungsexporte. Gesundheitsfonds für die armen Länder. Aussetzen des Patentrechts für Impfstoffe. Matthias Plieninger, Hamburg

Diskussion: frblog.de/pandemie



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210322.

Schutz und Pflege von Insekten – dafür würden viele Menschen gern etwas tun, denn die Zahl der Insekten sinkt gefährlich. Bronski baut daher seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie bitte hier: frblog.de/garten-01

FR ERLEBEN

Tobias Schwab moderiert das digital übertragene Forum Entwicklung zum Thema „Lernen aus der Pandemie – Wie gelingt Bildung für alle?“. Auf dem Podium: Peter-Matthias Gaede (Vorstand Unicef Deutschland), Prof. Annette Scheunpflug (Uni Bamberg, Studiengang „Bildungsqualität in Entwicklungsländern“), Melanie Stilz (Expertin für Digitalisierung und Entwicklungszusammenarbeit), Michael Holländer (Kompetenz-Center Bildung der GIZ). Anmeldung unter forumentwicklung@giz.de Der Zugangslink wird dann zugeschickt.
Dienstag, 30. März, 18.30 Uhr

Nur noch begrenzt nachvollziehbar

Föderalismus in Zeiten der Pandemie: „Mangelhafte Bewältigung“, FR-Meinung vom 23. März

Ärger über das föderale Chaos

Wir alle leiden unter den Lockdown-Maßnahmen, die unser gesellschaftliches Leben momentan einschneidend beherrschen. Die Notwendigkeit von Kontakt-Einschränkungen wird von den meisten Bürgerinnen und Bürgern immer noch geteilt. Wogegen sich aber Ärger aufbaut, ist das föderale Chaos, eine blockierende Überbürokratisierung sowie ein hilfloses Management der Regierenden mit teilweise widersprüchlichen Entscheidungen. Vollends unübersichtlich wird die Sache, wenn mit zweierlei Maß gemessen wird.

Ein Beispiel ist der Facheinzelhandel in unseren Innenstädten, der zurzeit um seine Existenz ringt. Die Maßnahmen sind derart einschneidend, dass viele Geschäfte trotz staatlicher Überbrückungshilfen vor der Insolvenz stehen. Begründet wird das Ganze mit fehlenden Hygienemöglichkeiten. Es ist schon nur begrenzt nachvollziehbar, dass Friseure, Blumenläden, Wettbüros öffnen dürfen. Völlig absurd wird das Ganze dadurch, dass mit der Begründung lebensnotwendiger Produkte Drogerieketten und Supermärkte Vollsortimente anbieten dürfen. So dürfen hier Schreibwaren, Spielwaren, Elektro- und Haushaltsgeräte uneingeschränkt verkauft

werden während der Facheinzelhandel geschlossen bleiben muss.

In diesen Mischmärkten herrscht ein unkontrolliertes Gedränge – zwar mit Maske, aber ohne Rücksicht auf Abstand und Einlassmenge. Dass dies auch anders geht, sehen wir bei unseren europäischen Nachbarn, bei denen der Verkauf in Mischmärkten strikt auf sogenannte lebensnotwendige Waren beschränkt ist. Ein kontrollierter Einlass im Inhaber-geführten Fachgeschäft mit begrenzter Kundenzahl regelt die Hygiene garantiert besser.

Während der Fachhandel am Boden liegt, fahren Online-Riesen wie Amazon und die Supermarktketten Milliarden Gewinne ein. Wenn die Politik hier nicht konzeptionell eingreift, laufen wir Gefahr, Abertausende von Einzelgeschäften zu vernichten. Viel schlimmer aber ist, dass diese Art von Geschäften von der Bildfläche verschwinden werden und die Aufenthaltsqualität unserer Innenstädte weiter veröden. Nick Timm, Neu-Isenburg

Flächendeckende Tests und konsequente Quarantäne

Mit Verwunderung muss ich den Nachrichten entnehmen, dass man vor Osterreisen auf unsere Lieblingsinsel Mallorca warnt. Dort ist die Inzidenz mittlerweile auf 20 eingedämmt, bei uns liegt

sie um oder über 100, ständig steigend. Noch zur Weihnachtszeit lag sie dort bei über 400 (!), z.B. in der zweitgrößten Stadt Manacor. Was hat man gemacht? Man hat flächendeckend getestet und die ganze Stadt bzw. Stadtviertel unter Quarantäne versetzt. Was ist danach passiert? Keine erheblich angestiegenen Todesfälle, alles im Rahmen geblieben, Erkrankte konnten mit begrenzten Krankenhauskapazitäten behandelt werden. Leute auch auf der Straße diszipliniert mit Maske. Das Gleiche übrigens in Portugal, Notstand ausgerufen, Zelte vor Krankenhäusern in denen sie dort Triage praktizieren mussten. Jetzt erheblich gesunkene Inzidenz.

Wenn wir hier so weitermachen, ist die Durchseuchung der Bevölkerung früher erreicht als die Impfung aller. Mit ungewissem Ausgang. Die beste Abwehr ist das eigene Immunsystem, das reagiert auch auf die Mutationen. Bedauerlich ist dabei: Nicht bei allen. Darüber hinaus ist leider zu beklagen, dass die Notlage vielfach dazu benutzt wird, sich unredlich zu bereichern. Hersteller des Impfstoffs, die mit EU-Geldern bezuschusst wurden, fordern exorbitant hohe Preise für die Dosis. Von „Vermittlern“ mal abgesehen. Wer muss Angst vor wem haben?

Bernd Kreuzberger, Heusenstamm

Diskussion: frblog.de/foederalismus

Kritik ist nicht nur erlaubt, sondern geboten

Zu: „Wehret den Gleichsetzungen“, FR-Magazin vom 21. März

Stephan Hebel hat mit seinem Beitrag zur Diskussion über den Vorwurf einer Apartheidspolitik Israels zur Versachlichung beigetragen, indem er den Unterschied von Vergleich und Gleichsetzung hervorhebt. Angesichts des immer lauter werdenden Vorwurfs, Israel betreibe gegenüber den Palästinensern eine Politik der Apartheid, ist es notwendig, darauf hinzuweisen, dass eine Gleichsetzung israelischer Regierungspolitik mit der früheren Regierungspolitik Südafrikas unangebracht und eine solche mit der Rassendiskriminierung des deutschen Nazire-

gimes verwerflich und daher auszuschließen ist.

Hebel zitiert den früheren israelischen Friedensaktivisten Uri Avnery, der auf den Unterschied zwischen der „Theorie rassistischer Überlegenheit“ (Südafrika, Nazi-Deutschland) und „Israels zionistische(r) Ideologie“ hinweist, die „auf einer Mischung aus Nationalismus und Religion“ basiere. Ergänzen möchte ich Avnerys Feststellung mit meiner Erinnerung an eine Veranstaltung vor etwa zehn Jahren im Frankfurter Gewerkschaftshaus. Dort wies Avnery darauf hin, dass gerade wir Deutsche eine besondere

Verantwortung tragen, und zwar immer dann, wenn auf der Erde Menschenrechte missachtet werden, auch und gerade auch dann, wenn dies in Israel der Fall sei. Es sei falsch, mit Rücksicht auf das besondere Verhältnis zwischen Israel und Deutschland hier wegzuschauen und zu schweigen.

Das heißt: Kritik an der Politik der israelischen Regierung bezüglich der Palästinenser ist, Avnery folgend, nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten. Und eine solche darf keineswegs als antisemitisch angesehen werden. Gerhard Kern, Hofheim

Wie die EU würdevolle Politik machen kann

Syrien: „Die Krise verschärft sich“ und „Wo wir (nicht) helfen“, FR-Politik und -Meinung vom 15. März

Nach zehn Jahren Syrienkrieg: 6,6 Mio. Flüchtlinge weltweit, davon 5,6 Mio. in den Nachbarländern, dazu 6,7 Mio. Binnenvertriebene in Syrien, elf Mio. in Syrien auf Hilfe angewiesen. Wie wichtig Hilfe durch die EU für die Betroffenen in Syrien selbst und in den Nachbarländern ist, ist von seiner Bedeutung her noch längst nicht genügend bewusst. So gut es ist, dass auch die europäischen Länder Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen haben, so ist es mindestens ebenso

wichtig, die Menschen in ihrer Heimat oder der unmittelbaren Nähe zu unterstützen. Denn eigentlich wollen die meisten von ihnen nicht nach Europa, sondern in Sicherheit in der Nähe auf eine mögliche Rückkehr warten. Ihnen dort zu helfen – in Kooperation mit den aufnehmenden Ländern – durch eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung mit Lebensmitteln, Medizin und Bildung würde viel weniger kosten als eine sinnvolle Integration in Europa. Zu-

gleich würde es den Menschen die Entfremdung von ihrer Heimat ersparen. Der UNHCR hat bisher z.B. dem Libanon viel Geld für Unterricht für die Kinder gegeben, das aber in korrupten Kanälen versickert ist. Eine private Organisation, die sich vorbildlich darum kümmert, ist Zeltschule e.V. Hier (nicht nur in der Türkei) wäre die EU mit sinnvollen Projekten gefordert, das wäre eine würdevolle Praxis europäischer Außenpolitik.

Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg